

## **ANHANG Nr. 6: Offenlegung im Sinne von Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679**

Im Sinne und für die Auswirkungen von Art. 13 der Datenschutzgrundverordnung (EU) 2016/679 (im Weiteren "DSGVO") geben die Agentur für Staatsgüter und das Innenministerium, in der Eigenschaft als Verantwortliche für die Datenverarbeitung, die Zwecke und Modalitäten der Verarbeitung der von den Teilnehmern bereitgestellten personenbezogenen Daten im Verfahren zur Vergabe des Dienstleistungsauftrags für die Sicherstellung, Verwahrung und den Erwerb von im Sinne des Artikels 214-bis des Gv.D. Nr. 285/92 verwaltungsbehördlich beschlagnahmten, stillgelegten oder eingezogenen Fahrzeugen, bekannt.

Die personenbezogenen Daten, die von den Betroffenen, auch durch Ausfüllen und Aushändigung entsprechender Vordrucke (s. Anhang dieser Ausschreibungsbedingungen), bereitgestellt werden, werden von der Agentur für Staatsgüter und dem Innenministerium, jeweils in Bezug auf die durchgeführte und durch diese Ausschreibungsbedingungen geregelten Verarbeitungen, ausschließlich im Rahmen der Tätigkeiten in Zusammenhang mit dem Verfahren, an dem der Betroffene teilnimmt, verarbeitet.

Die Bereitstellung der Informationen, insbesondere der personenbezogenen Daten, durch die Betroffenen ist zwar freiwillig, jedoch für die Teilnahme am Verfahren erforderlich. Bei Nichtbereitstellung wird diese daher verweigert.

Die personenbezogenen Daten werden von den Verantwortlichen, Agentur für Staatsgüter und Innenministerium, für die in den Ausschreibungsbedingungen festgelegten, eindeutigen und legitimen Zwecke, im Sinne der DSGVO, auf rechtmäßige Weise, nach Treu und Glauben, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datenminimierung, getrennt verarbeitet.

Die Daten werden so lange gespeichert, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist und, anschließend, für die Erfüllung der mit diesem Verfahren verbundenen und sich daraus ergebenden rechtlichen Verpflichtungen, an die die Agentur für Staatsgüter und das Innenministerium gebunden sind, immer unter Einhaltung der internen Verfahren der Verantwortlichen in Bezug auf die jeweils durchgeführten Verarbeitungen.

Die Daten können von den oben genannten Verantwortlichen für die Datenverarbeitung an andere öffentliche Einrichtungen und Verwaltungen zur Ausführung ihrer Aufträge und zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (sofern vorgesehen) offengelegt werden und können den - zuvor ermächtigten und geschulten - an den Verarbeitungsvorgängen beteiligten Mitarbeitern/Beschäftigten, ausschließlich für die mit dem Verfahren verbundenen Zwecke, zugänglich gemacht werden.

Die Agentur für Staatsgüter und das Innenministerium können die Dienste eines weiteren Auftragsverarbeiters in Anspruch nehmen, wenn dieser im Voraus im Sinne von Art. 28 DSGVO zum Verantwortlichen der Datenverarbeitung ernannt wurde. Außerhalb dieser Fälle dürfen personenbezogene Daten nicht an Dritte offengelegt oder mitgeteilt werden. Sie werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten oder damit zusammenhängende Sicherungsmaßregeln gemäß Art. 10 DSGVO ist, wenn geeignete Garantien für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen nach dem Recht vorliegen, zulässig.

Die betroffenen Personen haben das Recht, von dem Verantwortlichen für die Datenverarbeitung die Berichtigung, die Löschung, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen und Widerspruch gegen die Verarbeitung der eigenen personenbezogenen Daten einzulegen (Artt. 15 und ff. DSGVO), indem sie den entsprechenden Antrag an folgende Adressen senden:

- an die Agentur für Staatsgüter, Verantwortliche für die Datenverarbeitung, Barberini-Str. 38 – 00187 Rom oder an den Datenschutzbeauftragten derselben Agentur, amtsansässig am selben Sitz, E-Mail-Adresse: [demanio.dpo@agenziademanio.it](mailto:demanio.dpo@agenziademanio.it).

- für das Innenministerium, Verantwortlicher für die Datenverarbeitung, Cavour-Str. – 00184 Rom oder an den Datenschutzbeauftragten derselben Innenministerium, amtsansässig am selben Sitz pec: protocollo.comgovbz@pec.interno.it.

Wenn die betroffenen Personen der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben sie gemäß Art. 77 der DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde oder das Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gemäß Art. 79 DSGVO.

Agentur für Staatsgüter und Innenministerium

**GELESEN, BESTÄTIGT UND UNTERZEICHNET**

....., am .....